



Presseschau vom 26.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Pentagon nimmt Ufos "sehr ernst" – Neue Abteilung soll Risiken bewerten**

Das US-Verteidigungsministerium hat die Einrichtung einer Spezialgruppe für die Erkennung unidentifizierter Flugobjekte angeordnet. Berichte über Eindringlinge – egal ob identifizierte oder nicht identifizierte Flugobjekte – werden demnach sehr ernst genommen. ...

<https://kurz.rt.com/2qfb>

Dagmar Henn: **Auf Weißrussland zielen, das eigene Knie treffen: Über Sinn und Unsinn von Sanktionen**

Die EU will neue Sanktionen gegen Weißrussland verhängen. Weil es ihr nicht gelungen ist, Lukaschenko zu stürzen. Aber diesmal könnten die Sanktionen ganz unerwartete Nebenwirkungen haben: Die EU-Kommission schadet damit vor allem den Unionsbürgern. ...

<https://kurz.rt.com/2qgt>

abends/nachts:

de.rt.com: **Russisches Außenministerium warnt: Situation im ukrainischen Konflikt droht zu eskalieren**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums warnt, dass die ukrainischen Streitkräfte

zunehmend Offensiven im kriegsgebeutelten Donbass starten. Mit militärischer Gewalt und von der NATO gelieferten Waffen sowie Militärübungen werde die Situation angeheizt. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat am Donnerstag vor Reportern betont, dass die Situation im Osten des Nachbarlandes akuten Anlass zur Sorge gebe.

"Die Hitzköpfe im Kiewer Regime, die sich anscheinend völlig ungestraft fühlen, sind für eine militärische Lösung dieser internen ukrainischen Krise."

Sacharowa zufolge nutzt Kiew den Konflikt, um von den innenpolitischen Krisen des Landes abzulenken.

"Die Situation in der Konfliktzone eskaliert. Es tauchen immer mehr Informationen über den Einsatz von Waffen auf, die durch die Minsker Vereinbarungen verboten sind und von den NATO-Staaten an die Ukraine geliefert werden."

Sie fügte hinzu, dass die im Auftrag der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) entsandten internationalen Beobachter eine Zunahme der Offensivaktionen der Kiewer Streitkräfte in Teilen der Region festgestellt hätten. Laut Sacharowa gehen die Beobachter der OSZE davon aus, dass das ukrainische Militär seine Befestigungen im Donbass um mindestens einen Kilometer vorverlegt hatte.

Seit dem 27. Juli 2020 gelten für die Region zusätzliche Maßnahmen zur Kontrolle der Waffenruhe, die von den Teilnehmern der Kontaktgruppe zur Beilegung der Situation im Osten der Ukraine vereinbart wurden. Trotz der Vereinbarungen über zusätzliche Maßnahmen hat sich die Lage dort seit Ende Februar verschlechtert. An der Kontaktlinie kam es zu erneuten Gefechten, bei denen es auf beiden Seiten Tote und Verletzte gab. Die Situation eskalierte erneut, nachdem die ukrainischen Sicherheitsdienste am 13. Oktober einen Mitarbeiter des Vertreters der Volksrepublik Lugansk beim Gemeinsamen Rat für Menschenrechte festgenommen hatten.

Trotz eines Verbots hat das ukrainische Militär Ende Oktober offiziell eine hochentwickelte bewaffnete Drohne des Typs Bayraktar TB2 aus türkischer Produktion eingesetzt. Kiew kaufte in den vergangenen Jahren mindestens sechs Kampfdrohnen des Typs Bayraktar (Fahnenträger) vom NATO-Mitglied Türkei und will mit Ankara auch eine eigene Drohnenproduktion aufbauen. Dabei legte bereits ein früheres Waffenstillstandsabkommen vom September 2014 ein Verbot für Drohneneinsätze fest. Doch die Ukraine, die in das westliche Militärbündnis NATO eintreten will, handelt offenbar straffrei, wie russische Beobachter feststellten.

Schon damals lagen zudem Indizien vor, dass ukrainische Einheiten im Donbass vorgerückt waren. Russland bezeichnete den Kampfdrohnenangriff als destabilisierenden Akt, der gegen das Waffenstillstandsabkommen verstoße. Die Befürchtungen Russlands hätten sich damit einmal mehr bestätigt.

Weiterhin enthüllte der Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes, Kirill Budanow, laut zu Beginn dieser Woche veröffentlichten Berichten, dass das Land Panzerabwehrraketen des Typs Javelin aus den USA getestet habe und sie von Soldaten im Donbass eingesetzt wurden. Während Washington offiziell nur "nicht-tödliche" Hilfe für das Kriegsland leistet, kamen Analysten zu der Einschätzung, dass das Waffensystem angesichts seiner hohen Kosten gespendet oder mit einem Preisnachlass bereitgestellt worden sein könnte.

Auch die seit einiger Zeit zunehmenden NATO-Aktivitäten nahe der russischen Grenzen bereiten Moskau Sorge. Schon früher im November hat der russische Präsident Wladimir Putin betont, dass die außerplanmäßigen NATO-Übungen im Schwarzen Meer eine "ernste Herausforderung" für Moskau darstellten, da an den Übungen eine starke Marinegruppe und bewaffnete strategische Flugzeuge beteiligt seien.

Das russische Verteidigungsministerium teilte am 13. November mit, es habe in nur 24 Stunden vier Spionageflugzeuge der NATO in der Schwarzmeerregion entdeckt und verfolgt, darunter ein US-amerikanisches U-2S-Höhenaufklärungsflugzeug im ukrainischen Luftraum,

wie die Nachrichtenagentur RIA berichtete.

Am Mittwoch erklärte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu, dass die zunehmenden NATO-Aktivitäten in der Nähe der russischen Grenzen es erforderlich machen, die Kampfbereitschaft der Nuklearstreitkräfte aufrechtzuerhalten sowie das Potenzial der nichtnuklearen Abschreckungskräfte zu erhöhen, einschließlich der Ausrüstung mit Präzisionswaffen und wirksamen Vernichtungsmitteln. Zuvor hatte Schoigu darauf hingewiesen, dass Russland allein in diesem Monat etwa 30 Einsätze von US-Bombern in der Nähe der Ostgrenzen des Landes verzeichnet hat.

Sacharowa hatte schon am vergangenen Wochenende betont, dass während die NATO Russland regelmäßig "mangelnde Transparenz" und "aggressives Verhalten" vorwirft, liege die Absicht der NATO, Spannungen in der Nähe Russlands künstlich zu erzeugen, nun auf der Hand.

Russland warnte die NATO somit davor, Spannungen in der Nähe der russischen Grenzen zu erzeugen, doch die NATO schweige und mache damit weiter, so die Sprecherin per Telegram am vergangenen Sonntag.

In der Tat verkündete das US-Marinekommando am Donnerstag, dass es den Lenkwaffenzerstörer USS Arleigh Burke für gemeinsame Operationen mit NATO-Verbündeten ins Schwarze Meer Richtung Norden entsandt habe. Das Schiff der Sechsten US-Flotte ist mit Tomahawk-Marschflugkörpern und dem Aegis-Raketenabwehrsystem ausgerüstet. Am gleichen Tag erklärte das ukrainische Militär, es habe in der östlichen Region Donezk Panzerübungen durchgeführt. Der ukrainische Außenminister sprach am Donnerstag die Warnung aus, dass ein Angriff auf sein Land "politische, wirtschaftliche und menschliche Verluste" nach sich ziehen und teuer sein würde.

Am 21. November hatte Kremlsprecher Dmitri Peskow gewarnt, die NATO müsse ihre provokativen Aktivitäten in der Nähe der russischen Grenzen einstellen, um eine Lösung für die derzeitige angespannte Situation in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zu finden. Er fügte hinzu, dass die NATO-Übungen im Schwarzen Meer eine "Tarnung" für die möglichen aggressiven Pläne Kiews sein könnten, die Situation im Donbass mit Gewalt zu lösen.

Am Donnerstag warnte Sacharowa, dass die Vereinigten Staaten und die NATO die Ukraine mit Waffen "vollpumpen" und die "militärische Entwicklung" des Landes fortsetzen. Die Außenamtssprecherin erinnerte daran, dass die USA und die NATO nicht nur Waffen an die Ukraine liefern, sondern mit den Militärübungen in der Ukraine die militärische Entwicklung des Landes weiter vorantreiben. "Natürlich gibt es eine globale Destabilisierung der Situation, die Risiken einer Eskalation nehmen zu", so Sacharowa.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.11/article/619fb0cf48fbef55eb45edd2.JPG>

snanews.de: **Sputnik V zeigt in Ungarn Wirksamkeit von 85,7 Prozent – RDIF**

Der russische Coronavirus-Impfstoff Sputnik V hat eine Wirksamkeit von 85,7 Prozent gegen die Infektion mit Covid-19 sowie eine Wirksamkeit von 98 Prozent beim Schutz vor tödlichen Fällen gezeigt. Dies geht aus den Angaben einer unabhängigen Studie in Ungarn hervor. „Eine unabhängige Studie zum direkten Vergleich von fünf Impfstoffen gegen das Coronavirus (Sputnik V, Moderna, Pfizer-BioNTech, Sinopharm, Astrazeneca) im EU-Mitgliedsstaat Ungarn hat gezeigt, dass der russische Impfstoff Sputnik V die beste Schutzrate – 98 Prozent – in Bezug auf die Todesfälle durch Coronavirus hat. Sputnik V hat auch eine Wirksamkeit von 85,7 Prozent gegen eine Coronavirus-Infektion und ist zusammen mit dem Medikament von Moderna führend“, teilte der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) unter Verweis auf die Studie mit.

Die Studie basiert auf der Analyse von Daten zur Impfung der Einwohnern Ungarns im Zeitraum vom 22. Januar bis 10. Juni 2021 mit zwei Komponenten von Sputnik V, Moderna, Pfizer-BioNTech, Sinopharm und AstraZeneca.

Für die Berechnung wurden Daten von 820.000 Menschen verwendet, die mit Sputnik V geimpft worden waren. Bei Menschen in der Altersgruppe von 16 bis 44 Jahren wurde bei Sputnik V ein vollständiger (100 Prozent) Schutz vor Todesfällen durch das Coronavirus nachgewiesen....



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/07/3866919_0:132:3173:1917_1920x0_80_0_0_19dd7823e66b0e8ef6d199adb96a6147.jpg

de.rt.com: **Lukaschenko: Opposition bereitet neuen Plan zur Destabilisierung von Weißrussland vor**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat erklärt, dass die Opposition einen neuen Plan zur Destabilisierung der Lage im Land ausgearbeitet habe. Seiner Meinung nach handele es sich dabei um einen Plan flüchtiger Oppositioneller, um Finanzmittel aus dem Westen zu erhalten.

Die weißrussische Opposition im Ausland hat einen neuen Plan zur Destabilisierung von Weißrussland ausgearbeitet. Das erklärte der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko am Donnerstag bei einer Sitzung zum Entwurf der neuen Verfassung:

"Sie haben bereits einen Plan ausgearbeitet. Ich habe ihn an die Präsidentschaftsverwaltung geschickt, damit er dort gesichtet und verbreitet werden kann. Damit Sie alle sehen können, was diese Opposition will. Nun, das ist eine absolute Lachnummer."

Lukaschenko betonte, dass dieser Plan von flüchtigen Oppositionellen ausgehe, um Finanzmittel aus dem Westen zu erhalten. Ihm zufolge bereiteten sich die Regierungsgegner darauf vor, die Verfassung zu brechen und das weißrussische Volk wieder auf die Straße zu bringen, wenn ihr Plan umgesetzt werden sollte. Gleichzeitig fügte er hinzu, dass diejenigen, die am lautesten für Veränderungen geschrien hätten und dass es notwendig sei, den

Präsidenten zu entfernen, zu brechen, zu töten und so weiter, heute rufen würden, dass sie keine neue Verfassung bräuchten.

Letzte Woche hatte der litauische Abgeordnete Remigijus Žemaitaitis erklärt, dass Litauen jährlich 400.000 Euro für den Unterhalt der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja ausbebe. Auf seinem Facebook-Konto schrieb er:

"Ich habe Litauen noch nie so gedemütigt gesehen. Tichanowskaja lebt seit einem Jahr in Litauen, isst für unser Geld, bekommt Schutz für unser Geld, wir zahlen für alles, und diese Frau ist nicht einmal in der Lage zu sagen: "Guten Abend, Litauen! Danke für das, was du für mich und für mein Volk getan hast."

Lukaschenko seinerseits antwortete in einem Interview mit der BBC auf eine Frage des Journalisten Steve Rosenberg bezüglich der Schließung von mehr als hundert Nichtregierungsorganisationen in Weißrussland. Er sagte:

"Wir haben die Menschen, die für Weißrussland gearbeitet und den Menschen geholfen haben, nicht angerührt. Und diejenigen, die Ihre (West)Hilfe in Anspruch genommen haben und von Ihnen finanziert wurden, haben hier alles zerschlagen... – wenn wir jemanden von denen noch nicht liquidiert haben, werden wir sie in naher Zukunft liquidieren."

In Weißrussland hatten am 9. August 2020 Präsidentschaftswahlen stattgefunden, die nach offiziellen Angaben der Zentralen Wahlkommission vom amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko gewonnen wurden. Die Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja erkannte das Wahlergebnis nicht an und floh aus dem Land. Später initiierte sie die Gründung des Koordinierungsrates der Opposition, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die Machtübergabe im Land zu gewährleisten. Die Aktivitäten des Rates wurden von den weißrussischen Behörden bald darauf als illegal eingestuft. Die Europäische Union hatte die Ergebnisse der Wahlen in Weißrussland ebenfalls nicht anerkannt. In Brüssel ist man der Ansicht, dass Lukaschenko die Macht an sich gerissen habe.

Im Februar 2021 erklärte das weißrussische Komitee für Staatssicherheit (KGB), dass sich die Lage im Lande stabilisiert habe, die Proteste ihren Höhepunkt überschritten hätten und ihre Erscheinungsformen praktisch verschwunden seien. Gegen eine Reihe von Oppositionsführern wurden Strafverfahren eingeleitet, unter anderen wegen Aufrufs zur Machtübernahme, Bildung einer extremistischen Gruppe, Verschwörung zur verfassungswidrigen Übernahme der Staatsgewalt und versuchter terroristischer Anschläge. Inmitten der Proteste in Weißrussland erklärte Lukaschenko, dass die Verfassung geändert werden sollte und dass er bereit sei, einige Befugnisse des Präsidenten auf andere Gewalten zu übertragen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.11/article/619fb7ec48fbef55b264707c.jpg>

snanews.de: **Serbien dankt Russland für „historischen“ Gasvertrag**

Das Abkommen zwischen dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, und seinem

serbischen Amtskollegen, Aleksandr Vucic, über Gaslieferungen ist laut dem Außenminister Serbiens, Nikola Selakovic, historisch und bestätigt die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

„Der serbische Präsident, Aleksandr Vucic, hat mit dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, eine historische Einigung über den Preis erzielt, die einmal mehr das gegenseitige Verständnis und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten bestätigt“, so Selakovic.

Serbiens konsequente Politik zur Einhaltung des Völkerrechts und Vucics persönliche Beziehungen zu den führenden Politikern der Welt seien „ein Rezept für die langfristige Entwicklung und das Wohlergehen des Landes“.

„Serbien ist dem befreundeten und brüderlichen Russland dankbar, da es sich um die nationalen Interessen Serbiens kümmert und bereit ist, in einer Situation zu helfen, in der die ganze Welt mit einer Energiekrise konfrontiert ist. Energiestabilität und zuverlässige Gasversorgung sind Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der serbischen Wirtschaft, und Serbien kann die Bereitschaft, entgegenzukommen, sowie das Verständnis des russischen Präsidenten Putins schätzen und die Unterstützung für unsere Multi-Vektor-Politik bekräftigen“, heißt es in einer Erklärung des serbischen Außenministeriums.

Vucic selbst hat die Hilfe Putins ebenso hoch geschätzt:

„Putin hat uns mit seiner Einstellung sehr geholfen – er ist darauf eingegangen, dass wir im Winter Gas zum gleichen Preis und zu gleichen Bedingungen erhalten, obwohl der Vertrag ausläuft“.

Ihm zufolge wird auch nach Ablauf des Halbjahres ein akzeptabler Preis für russisches Gas für Serbien erwartet. Vucic fügte hinzu, dass die über sechs Monate eingesparten Mittel im Verhältnis zu den aktuellen Börsenpreisen für Brennstoff in Höhe von rund 300 Millionen Euro für den Bau eines Nationalstadions ausreichen würden.

Der serbische Staatschef äußerte sich am Donnerstag außerdem zu der voraussichtlichen Teilnahme des russischen Präsidenten per Videoschale an der für Dezember geplanten Eröffnung eines Wärmekraftwerks in der Stadt Pancevo bei Belgrad, das bis zu 350 Millionen Kubikmeter Gas pro Jahr verbrauchen wird.

Das Projekt wird von dem russischen Unternehmen „Gazprom Energoholding Group“ gemeinsam mit dem „NIS jsc Novi Sad“ (gehört zum russischen Mineralölunternehmen „Gazprom Neft“) in der Nähe der Ö raffinerie in Pancevo umgesetzt. Die erzeugte Wärme soll dem Bedarf dieser Raffinerie zugeführt und der Strom in Serbien und den Nachbarländern verkauft werden.

Am Donnerstag empfing Putin Vucic in Sotschi, wo sie ein Gespräch über ein breites Spektrum von Themen führten. Nach dem Treffen sagte der serbische Präsident, dass der Gaspreis aus Russland für sein Land in den nächsten sechs Monaten auf dem bisherigen Niveau von 270 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter bleiben werde und dass die beiden Seiten Verständnis über die Erhöhung und Flexibilität der Lieferungen erzielt hätten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/19/4467051_0:175:2748:1721_1920x0_80_0_0_eb1ebaf30fab066f1e1fe1b77b615a16.jpg

de.rt.com: **Peking fordert USA auf, offizielle Kontakte zu Taiwan abubrechen**

Trotz eines Lippenbekenntnisses zum Ein-China-Prinzip bauen die Vereinigten Staaten ihre Kontakte zu Taiwan aus, das völkerrechtlich Teil Chinas ist. Peking sieht darin eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und vermutet geopolitische Ziele. Die Volksrepublik China hat die Vereinigten Staaten aufgefordert, den Wirtschaftsdialog mit Taiwan einzustellen. Peking wies darauf hin, dass die Destabilisierungsversuche der taiwanesischen Behörden zum Scheitern verurteilt seien. Das erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian am Mittwoch auf einer Pressekonferenz. Er betonte:

"China drückt in dieser Angelegenheit entschiedene Unzufriedenheit und starken Protest aus. Die USA sollten sich an ihre Verpflichtungen halten und sofort alle offiziellen Kontakte mit Taiwan einstellen. Wir warnen die taiwanesischen Behörden auch davor, dass ihre Versuche, Taiwans 'Unabhängigkeit' mit Unterstützung der USA zu sichern und die Beziehungen zu Festlandchina zu untergraben, zum Scheitern verurteilt sind."

Nach Ansicht von Zhao sollte Washington offizielle Kontakte mit Taipeh vermeiden. "Es gibt keinen Grund, falsche Signale an die Taiwan-Separatisten zu senden", fügte er hinzu. Das US-Außenministerium hatte zuvor bekannt gegeben, dass Beamte der US- und der taiwanesischen Behörden die zweite Runde ihres "Partnerschaftsdialoges zum wirtschaftlichen Wohlstand" abhielten. Dabei wurden, so die offizielle Mitteilung, "die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten, die Bekämpfung wirtschaftlicher Nötigung, die Förderung der digitalen Wirtschaft, die Stärkung der Sicherheit des 5G-Netzes und die Förderung der Zusammenarbeit in einer Reihe von Wissenschafts- und Technologiebereichen" erörtert.

In Bezug auf den sogenannten Demokratiegipfel, den die USA unter Beteiligung Taiwans derzeit durchführen, forderte Zhao die USA auf, sich an das Ein-China-Prinzip zu halten. Die USA sollten laut Peking aufhören, den separatistischen taiwanesischen Kräften Plattformen zu bieten oder sie zu unterstützen. Die Demokratie sei zudem ein Wert aller Menschen und dürfe nicht von einigen Ländern monopolisiert werden. Der Gipfel sei lediglich ein Deckmantel, um die strategischen Ziele der USA zu erreichen, andere Staaten zu unterdrücken und die Welt zu spalten. Zhao warf Washington vor, eine "Blockpolitik" zu verfolgen.

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht die Volksrepublik China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Meinung. Die USA hatten sich in den 1970er-Jahren offiziell zwar gleichfalls zu diesem Prinzip bekannt – ebenso wie die taiwanesischen Führung Anfang der 1990er-Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Ein-China-Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek 1949 auf die Insel Taiwan zurück, wo sie eine unabhängige "Republik China" ausriefen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/619f8c6348fbef55b2647035.jpg>

vormittags:

snanews.de: Unruhen an Grenze zu Deutschland: Revolte im Migrantenzentrum in Polen

In einem bewachten Zentrum für Ausländer im polnischen Wędrzyn ist es am Donnerstag zu einem Aufstand gekommen. Derzeit ist die Situation vor Ort stabil, wie die lokale Polizei in der Nacht zum Freitag bestätigte.

Zur Revolte kam es polnischen Medienberichten zufolge im Zentrum für Ausländer in Wędrzyn in der Woiwodschaft Lubus, die im Westen an die deutschen Bundesländer Brandenburg und Sachsen grenzt.

Hunderte Menschen hätten versucht, den Zaun zu durchbrechen, Fensterscheiben zerschlagen und „Freiheit“ gerufen. Außerdem skandierten sie, dass das Ziel ihrer Ankunft in Europa Deutschland gewesen sei.

Medien berichten, dass das betroffene Objekt im Sommer eröffnet worden sei. Zuvor soll sich hier ein Militärtrainingszentrum befunden haben. Hierher werden demnach jene Ausländer gebracht, die wegen ihres illegalen Aufenthalts in der Republik festgenommen wurden.

Die Zeitung „Lubuska“ schreibt, dass die Ursache für Unruhen laut vorläufigen Angaben die Vorbereitung der Zentrumsleitung sei, Dutzende Menschen zurück in den Irak zu schicken, die „den Bedingungen für den Erhalt des Aufenthaltsrechts nicht entsprachen“.

Im Migrantenzentrum sollen derzeit 604 Ausländer untergebracht sein – ausschließlich Männer, 358 stammten aus dem Irak. Die weiteren kämen vor allem aus Afghanistan.

Später teilte die lokale Polizei mit, dass sich die Situation stabilisiert habe.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/1a/4468842_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_1e0910ea416237a949d064b9d3158bc1.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 25. November 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo-Borschtschewatoje wurde mit Antipanzergranatwerfern beschossen und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen (2 Granaten).

Informationen über Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Terrorgruppe plant Provokationen mit Chemiewaffen in Idlib – russisches Versöhnungszentrum**

Kämpfer der Terrorgruppe Dschabhat an-Nusra haben in der syrischen Provinz Idlib Behälter mit giftigen Substanzen gelagert, um Provokationen zu verüben und daraufhin den syrischen Truppen den Einsatz chemischer Waffen vorzuwerfen. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien hervor.

„Das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien hat Informationen erhalten, wonach Kämpfer der Terrorgruppe Dschabhat an-Nusra (Hai'at Tahrir asch-Scham) Behälter mit giftigen Substanzen in einem unterirdischen Versteck nahe der Stadt Sarmada in der Provinz Idlib lagern“, sagte der Vizechef des Versöhnungszentrums, Konteradmiral Vadim Kulitj, bei einem Online-Briefing am Donnerstagabend.

Nach vorläufigen Informationen würden die Terrorkämpfer beabsichtigen, Provokationen zu organisieren, um die syrischen Regierungstruppen des Einsatzes chemischer Waffen gegen Zivilisten zu beschuldigen, fügte der Sprecher des Versöhnungszentrums hinzu.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/1a/4468430_0:303:3067:2028_1920x0_80_0_0_6fe31e604d4763c98b32ec28f7deddcd.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 25. November 3:00 Uhr bis 26. November 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Krasnyj Partisan, Jasinowataja, Spartak, Staromichajlowka.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde infolge des Einsatz einer Kampfdrohne vom Typ „Quadro“ durch die BFU im Gebiet von Jasinowataja ein Schaden am Verwaltungsgebäude einer staatlichen Behörde in der Uliza Ordshonikidse 144 (beschädigt sind Dach und Fensterverglasung) festgestellt.

Außerdem wurden in Krasnyj Partisan Schäden an einem Infrastrukturobjekt – der Schule in Krasnyj Partisan in der Uliza Gagarina 9 – festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 24.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Helsinki: Zusammenarbeit mit Moskau in arktischen Gesprächsformaten notwendig**

Finnland verfolgt im Bereich der Arktis ähnliche Ziele wie Russland. Darauf wies der finnische Botschafter in Moskau hin. Die beiden Staaten sollten ihre gemeinsame Zeit beim Vorsitz in verschiedenen Arktis-Gremien Format nutzen, um die Effizienz gemeinsamer Aktivitäten zu stärken.

Moskau und Helsinki, die für zwei Jahre zeitgleich den Vorsitz in verschiedenen Arktis-Gremien innehaben, sollten zusammenarbeiten, um die Effizienz gemeinsamer Aktivitäten zu stärken. Das regte der finnische Botschafter in Russland Antti Helanterä am Mittwoch auf der IV. internationalen Tagung zur Zusammenarbeit in der Arktis an. Er sagte:

"Ich bin froh, dass die Zeit unseres Vorsitzes mit der von Russland im Arktischen Rat zusammenfällt. Es gibt viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit während unserer Präsidentschaft. Aufgrund der Besonderheiten der Region wird die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Vordergrund gestellt. Die Barentsregion hat viele Vorteile, darunter ihre einzigartige Kultur und Natur, denen wir besondere Aufmerksamkeit widmen sollten."

Finnland, das ebenfalls für zwei Jahre den Vorsitz im Euro-arktischen Barentssee-Rat innehat, verfolgt ähnliche Ziele wie Russland, um die Arktis zu stärken, fügte Helanterä hinzu. Er hob hervor, dass die Programme beider Länder ähnlich seien – einschließlich der Ziele in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Abfallwirtschaft und Verringerung der Schwarzkohlemissionen. Es sei von großer Bedeutung, diese und andere Kooperationsplattformen zu nutzen.

Der finnische Botschafter betonte außerdem, dass die Jugend eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung der arktischen Region spielen sollte:

"Die Jugend ist der Schlüssel für die Zukunft der Barentsregion, für ihre Erhaltung und Entwicklung. Ich hoffe auf eine baldige Öffnung der Grenzen, was die Freizügigkeit der Menschen und den Aufbau neuer Kontakte fördern würde."

Die Arktis wird zunehmend zum internationalen Streitobjekt, da die an die Region angrenzenden Staaten Anspruch auf die dort lagernden Rohstoffe erheben. Zur Arktis gehört auch der Nördliche Seeweg, der auch als Nordostpassage bekannt ist. Er verläuft entlang der russischen Arktisküste von der Karasee östlich von Nowaja Semlja bis zur Beringstraße. Die Route liegt innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone Russlands in der Arktis-Region. Sie ist eine von drei Transportrouten, die den Fernen Osten Russlands mit dem europäischen Teil des Landes verbinden.

Moskau will bis zum Jahr 2030 sämtliche Verkehrskorridore des Landes erneuern,

einschließlich der Baikal-Amur-Magistrale und der Transsibirischen Eisenbahn. Zusätzlich soll eine Autobahn entstehen, die die russische Grenze zu Finnland mit Westsibirien verbindet.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.11/article/619ff701b480cc1b891b79dd.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. November um 9:00 Uhr 20.539 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 16.725 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 2899 Todesfälle.

snews.de: **Fünf Jahre nach dem Tod: Zentrum zur Erinnerung an Fidel Castro in Kuba eröffnet**

In der kubanischen Hauptstadt Havanna ist das Fidel Castro Ruz Zentrum eröffnet worden. Unerwartet besuchte die feierliche Zeremonie internationalen Nachrichtenagenturen zufolge Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro.

Zahlreiche Kubaner besuchten seit den frühen Donnerstagstunden den Friedhof Santa Ifigenia in der Stadt Santiago de Cuba, wo sich die Graburne von Castro befindet. Im Netz sind entsprechende Bilder zu finden.

In der Hauptstadt wurde dabei fünf Jahre nach dem Tod von Fidel Castro das Zentrum zur Erinnerung an die Ideen und das Werk des früheren Staatschefs eröffnet. An der Zeremonie beteiligten sich der Armeegeneral Raul Castro, Kubas Staatschef Miguel Díaz-Canel und sein venezolanischer Amtskollege Nicolás Maduro.

Im Zentrum gibt es Ausstellungssäle, Bibliotheken, Konferenz-Säle, Galerien, einen Buchladen und eine Typografie.

Das Zentrum ist Medienberichten zufolge das einzige Gebäude in Kuba, das den Namen von Fidel Castro trägt. Kurz nach dem Tod von Castro war im Land Ende 2016 ein Gesetz verabschiedet worden, das die Benennung von Straßen, Parks und anderen öffentlichen Plätzen nach seinem Namen und Denkmäler zu Ehren Castros sowie Titel, Orden und andere Auszeichnungen mit dessen Namen verbietet. Das soll Castros Willen gewesen sein.

Nach 47 Jahren an der Macht übertrug Fidel Castro im Jahre 2006 die Amtsgeschäfte seinem jüngeren Bruder Raúl. Fidel Castro starb im November 2016. 2018 trat Raúl Castro ab. Sein Nachfolger wurde Miguel Díaz-Canel.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/1a/4470051_0:0:3003:1689_1920x0_80_0_0_ac38ead127fd3b5fd8b1cb42d76c3954.jpg

Mzdnr.ru: Am 25. November wurden in der DVR 3233 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 985 positiv, bei 45 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 70 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 7 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 43 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1804 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1046 mit Sauerstoffunterstützung (+21 in den letzten 24 Stunden).

Am 26. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 106.540 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

11.843 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 86.671 als gesund entlassen, es gibt 8026 Todesfälle.

snanews.de: **Verstärkung gegen Russland: Großbritannien verlegt Militärtechnik nach Deutschland**

Großbritannien will Hunderte Einheiten Militärtechnik, darunter Panzer und Drohnen, nach Deutschland bringen – für den Fall einer Eskalation mit Russland. Darüber berichtet die Zeitung „The Times“ unter Berufung auf den Kommandeur der britischen Feldarmee, Generalleutnant Ralph Wooddise, am Freitag.

Als Teil der größten Umgestaltung der Armee seit zwei Jahrzehnten will London drei neue Stützpunkte eröffnen – in Deutschland, Kenia und Oman. Aber gerade nach Deutschland wolle Großbritannien eine beträchtliche Anzahl von gepanzerten Fahrzeugen verlagern, sagte der Generalleutnant. Dies werde den Transport von Verstärkung über den Ärmelkanal vereinfachen, begründete er. London plane auch eine etwa 250 Mann starke Brigade „für den Fall eines Krieges mit Russland näher an Osteuropa zu positionieren“, hieß es weiter laut dem Blatt.

„Besonders betone ich Deutschland, wo wir einen erheblichen Teil unserer gepanzerten Fahrzeuge nach vorne bringen, um sich im Bedarfsfall auf der kontinentalen Landmasse schneller bewegen zu können“, sagte Wooddise.

Die neuen Einheiten werden aktualisierte Versionen von Challenger 3-Panzern, gepanzerten Boxer-Transportern, Ajax-Kampffahrzeugen mit Raupenkettensystemen, Artillerie- und Minenräumfahrzeugen sowie Drohnen umfassen, sagte Wooddise.

Britische Truppen sind seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland stationiert. Ein Nato-Stützpunkt in Paderborn-Sennelager wird darüber hinaus ein Standort für einen der neuen regionalen Land-Hubs der Armee, zusammen mit Standorten in Kenia und Oman.

Aus den westlichen und ukrainischen Medien verlauten in der jüngsten Zeit Prognosen über

eine angeblich geplante „russische Invasion“. Der Kreml bezeichnet solche Äußerungen als gezielte Informationskampagne zur Erhöhung der Spannungen, in der versucht wird, Russland als eine Partei darzustellen, die den Prozess der Lösung des Konflikts im Donbass bedroht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/1a/4471670_0:169:3081:1902_1920x0_80_0_0_24a94a818e2555a21d4a8e4bf2427073.jpg

nachmittags:

snanews.de: Ukraine: Präsident Selenski warnt vor Putschversuch in den nächsten Tagen

Der ukrainische Präsident, Wladimir Selenski, will Pläne für einen baldigen Staatsstreich in seinem Land aufgedeckt haben, in die der Milliardär Rinat Achmetow verwickelt sein soll. Der Umsturz sei für den 1. Dezember geplant, sagte Selenski unter Verweis auf Geheimdienstinformationen.

„Ich habe Informationen bekommen, dass in unserem Land am 1. (Dezember – Anm. d. Red.) ein Staatsstreich stattfinden soll“, sagte Selenski am Freitag auf einer Pressekonferenz in Kiew. Diese Informationen stammten von Agenten, ergänzte der 43-Jährige.

Außerdem lägen ihm Tonaufnahmen vor, auf denen zu hören sei, wie „ukrainische Vertreter mit Vertretern Russlands über eine Beteiligung Rinat Achmetows an einem Staatsstreich in der Ukraine und die Bereitstellung von einer Milliarde US-Dollar sprechen“.

Er selbst aber glaube nicht, dass es wirklich zu einem Umsturz kommen und dass Achmetow beteiligt sein könne, betonte Selenski. Er warf seinen Gegnern vor, die Lage in der Ukraine gezielt zu destabilisieren. „Ich denke, diese Informationen ziehen darauf ab, Achmetow in einen Krieg gegen mich und den Staat zu stürzen.“

Deshalb würden Achmetows Massenmedien ihn persönlich attackieren, sagte Selenski weiter. Wenn es wirklich zu einem Staatsstreich kommen sollte, würde er nicht wie einst Viktor Janukowitsch ins Ausland fliehen, versprach der ukrainische Präsident.

In der Ukraine war es im Februar 2014 zu einem Staatsstreich gekommen, bei dem der damalige Präsident, Viktor Janukowitsch, von seinen Gegnern im Parlament entmachtet wurde und ins benachbarte Russland fliehen musste.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/01/2323893_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_9e961063c77202c00198e09fe8223883.jpg

de.rt.com: **Polen beharrt auf Reparationszahlungen – Institut soll Ansprüche untermauern**

Der polnische Ministerpräsident hat ein Dokument zur Gründung eines Forschungsinstituts unterzeichnet, das sich mit den polnischen Ansprüchen gegenüber Deutschland auf Reparationszahlungen aus dem Zweiten Weltkrieg befassen soll. Nach vorläufigen Angaben werden die Kriegsschäden auf 800 Milliarden Euro geschätzt.

Mit einem neuen Forschungsinstitut will Polen seine Reparationsansprüche für die von den deutschen Besatzern im Zweiten Weltkrieg verursachte Schäden untermauern. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagte in einem Interview, dass er am vergangenen Mittwoch ein Dokument zur Gründung des nach dem polnischen Widerstandskämpfer Jan Karski benannten Instituts für Kriegsschäden unterzeichnet habe. Der Politiker der nationalkonservativen PiS erklärte:

"Das Thema ist nicht vom Tisch, weil Polen sehr schlecht behandelt wurde, indem es keine Reparationen erhalten hat."

Das Institut solle die Bemühungen um die Erforschung sämtlicher Kriegsschäden institutionalisieren und sich auch mit der weiteren Verfolgung der Reparationsansprüche befassen. Morawiecki kündigte zudem an, dass eine im Jahr 2017 eingesetzte Parlamentskommission zur Untersuchung der Kriegsschäden im Februar 2022 ihren Bericht fertigstellen werde. Wie die Regierung dann damit umgehen werde, sei aber noch unklar. Der Ministerpräsident sagte:

"Die Entscheidung, was wir mit diesem Bericht machen und wann und wie, ist noch nicht gefallen. Aber wir bereiten alles vor, diesen Bericht der Welt da draußen zu präsentieren."

Die Parlamentskommission war im Jahr 2017 eingesetzt worden, um die Kriegsschäden im 1939 von Nazi-Deutschland überfallenen und bis zum Jahr 1945 besetzten Polen festzustellen. Ihr Vorsitzender Arkadiusz Mularczyk hatte die Arbeit bereits im vergangenen Jahr für beendet erklärt. Laut Morawiecki ist die Kommission aber gebeten worden, weitere Informationen hinzuzufügen. Bis Februar 2022 werde der Bericht nun fertig sein.

Nach früheren polnischen Schätzungen, die auf einer Bestandsaufnahme von 1946 plus Zinsen beruhen, belaufen sich die Schäden auf 800 Milliarden Euro. Vier bis sechs Millionen Polen kamen im Zweiten Weltkrieg ums Leben.

Zum 80. Jahrestag des Kriegsbeginns hatte Warschau im Jahr 2019 den Druck in der Reparationsdebatte deutlich erhöht. Danach war es aber ruhiger um das Thema geworden. Das dürfte sich bei einer Vorlage des Parlamentsberichts im Februar wieder ändern.

Für die Bundesregierung ist das Thema rechtlich und politisch abgeschlossen. Sie beruft sich vor allem auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag über die außenpolitischen Folgen der deutschen

Einheit von 1990. In dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik, der DDR und den vier ehemaligen Besatzungsmächten USA, Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien sind Reparationen allerdings nicht ausdrücklich erwähnt. Außerdem wurden zahlreiche von Nazi-Deutschland angegriffene und besetzte Staaten, wie Griechenland und Polen, an den Verhandlungen darüber nicht beteiligt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61a0bda148fbef55b26470f9.JPG>

de.rt.com: **Lukaschenko an polnischer Grenze: Deutschland soll Migranten aufnehmen**

Alexander Lukaschenko hat das Grenzgebiet besucht, wo tausende Migranten über Weißrussland versuchen, in die EU zu gelangen. Dort hat er Deutschland öffentlich aufgefordert, Migranten aufzunehmen. Polen solle die Grenze öffnen und ihnen die Durchreise erlauben.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat am Freitag das Transport- und Logistikzentrum beim Grenzübergang zu Polen in Brusgi besucht, wie RIA Nowosti berichtete. In dieser Notunterkunft übernachteten tausende Migranten, die an der polnisch-weißrussischen Grenze gestrandet sind.

Im Grenzgebiet wandte sich der Staatschef an Deutschland und Polen. Er forderte Berlin dazu auf, die 2.000 Migranten aufzunehmen. Denn diese wollten ihm zufolge zu ihren Familien und Verwandten in Deutschland: "Das ist keine große Last für Deutschland", behauptete Lukaschenko. Ihm zufolge habe Angela Merkel sich bereit erklärt, die Migranten in der BRD aufzunehmen. Berlin hingegen hatte ähnliche Äußerungen Lukaschenkos bereits entschieden dementiert.

Lukaschenko zufolge bestehe das Problem darin, dass die polnische Seite den Grenzübertritt der Migranten verhindere. Der polnischen Regierung warf er vor, die Grenzkrise zu benutzen, um von innenpolitischen Problemen und Streitigkeiten mit der EU abzulenken.

Erneut forderte er Polen auf, die Migranten passieren zu lassen. "Sie wollen doch nicht zu uns, sie gehen auch nicht nach Polen, sondern nach Deutschland. Lasst sie durch, und das Problem ist gelöst", verkündete er. Die polnische Führung, so Lukaschenko, sei "wahnsinnig geworden und habe den Bezug zur Realität verloren."

Zudem versicherte der 67-Jährige, dass die weißrussischen Behörden keine Flüchtlinge gewaltsam ausweisen würden. "Wir werden Sie auf keinen Fall festnehmen, Sie in Flugzeuge verladen und in Ihre Heimat schicken, wenn Sie das nicht wollen", wandte sich Lukaschenko an die Zuwanderer.

Seit Wochen versuchen tausende Migranten, die polnisch-weißrussische Grenze zu überqueren. Lukaschenko wird vorgeworfen, diese Krise bewusst heraufbeschworen zu haben, um die EU zu destabilisieren. Nach der Präsidentschaftswahl in Weißrussland im Jahr 2020 war es zu Massenprotesten im Land gekommen. Lukaschenko wurde der Wahlfälschung bezichtigt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61a0ced2b480cc475d578269.jpg>

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 20. bis 26. November 2021

In den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 25. Brigade drei Ortschaften beschossen:

Unter Einsatz einer Drohne wurden drei Sprengeneinrichtungen in **Jasinowataja** abgeworfen, dabei wurde das Verwaltungsgebäude in der Uliza Ordshonikidse 144 beschädigt.

Mit großkalibrigen Maschinengewehren wurde **Krasnyj Partisan** beschossen, wo die örtliche Schule in der Uliza Gagarina 9 beschädigt wurde.

Aus Richtung Awdejewka wurde **Spartak** mit Mörsern beschossen, auf das vier Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert wurden.

Außerdem haben Kämpfer der 54. Brigade **Staromichajlowka** beschossen und acht Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und neun Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

In der letzten Woche wurden insgesamt **16 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen 122mm-Artillerie, Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, Granatwerfern verschiedener Art sowie großkalibrigen Maschinengewehren sowie Schusswaffen beschossen. Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich die Gebiete von **11 Ortschaften**: Sajzewo, Alexandrowka, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Jasinowataja, Sachanka, Leninskoje, Golmowskij, Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Shelesnaja Balka, Dokutschajewsk und Jasnoje.

Im Verlauf der Woche wurden infolge der Aggression von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **vier Objekte der zivilen Infrastruktur in drei Ortschaften beschädigt**:

Infolge eines zielgerichteten Artillerieschlags auf Jasinowataja wurden eine Werkhalle des Maschinenbauwerks und eine Feuerwache des Zivilschutzministeriums der Republik beschädigt.

Außerdem wurde in Jasinowataja beim Abwurf nicht identifizierter Sprengeneinrichtungen von einer Drohne das Verwaltungsgebäude in der Uliza Ordshonikidsje 144 beschädigt.

In Krasnyj Partisan wurde das Gebäude der Schule in der Uliza Gagarina 9 beschädigt.

Durch glücklichen Zufall gibt es keine Verletzten unter der Zivilbevölkerung.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer **73 Stück Waffen und Militärtechnik in 13 von der Ukraine kontrollierten Ortschaften** stationiert.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Panzertransporter und ein Abwehrgeschütz in der Nähe von Wohnhäusern in

Jasnobrodowka.

Aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:
zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:
ein Mörser in der Nähe von Granitnoje;
sieben Haubitzen „Akazija“ in der Nähe von Nowonikolajewka;
zwei Panzerfahrzeuge in Bogdanowka;
drei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka;
zwei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka;
ein Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Nowogrigorowka;
ein Abwehrgeschütz in der Nähe von Wohnhäusern in Mirnoje.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:
sieben Antipanzergeschütze in der Nähe von Kleban-Byk.
Außerdem wurden an der Eisenbahnstation in Krasnoarmejsk 25 T-64-Panzer und 12 Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ festgestellt.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:
drei Panzerfahrzeuge in einem Wohngebiet von Tschernenko;
ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Talakowka;
zwei Schützenpanzerwagen im Gebiet von Pionerskoje;
ein Schützenpanzerwagen im Gebiet von Wodjanoje.
Außerdem wurde eine Station der elektronischen Kriegsführung „Chortiza-M“ in einem Wohngebiet von Lebedinskoje entdeckt.

Um die Entdeckung von verbotenen ukrainischen Waffen der 30., 56., 93. und 95. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden 20 Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter entlang der Kontaktlinie in den Gebieten von 16 Ortschaften **festgestellt**: Konstantinowka, Belaja Gora, Warwarowka, Mirnoje, Luganskoje, Roganskoje, Marjinka, Swetlodarsk, Bogdanowka, Leninskoje, Prochorowka, Majorsk, Schumy, Starowarwarowka und Newelskoje.

So erlaubt es das Ignorieren seiner Verpflichtungen durch das offizielle Kiew den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, in vollem Umfang ihr Mandat zu erfüllen und die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung zu erfassen.

Wir rufen die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien des Donbass auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten ziviler Infrastruktur nicht zuzulassen und über alle entdeckten Fälle die Beobachter der OSZE-Mission zu informieren.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte zieht in der OOS-Zone weiter kontrollierte Massenmedien zur Erstellung inszenierter Videomaterialien heran, die die Volksmiliz der DVR der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung beschuldigen.

So sind auf Anordnung des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Tarnawskij im Verantwortungsbereich der 95. Brigade Offiziere des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen mit Journalisten der Fernsehsender „ICTV“ und „5. Kanal“ eingetroffen. Hauptaufgabe der Propagandisten ist es, in Zusammenarbeit mit Kämpfern der 95. Brigade unsere Verteidiger zur Eröffnung des Feuers zu provozieren, was dann in den Medien als grobe Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstands zur Destabilisierung der Lage an der Abgrenzungslinie dargestellt werden wird.

Im Zusammenhang damit erwarten wir im Zeitraum der Arbeit der Korrespondentengruppen **Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte**, um die

Volksmiliz der Verletzung der Vereinbarungen zu beschuldigen, um die Aufmerksamkeit der Ukrainer von den innenpolitischen und ökonomischen Problemen auf das Probleme der Verstärkung des militärischen Konflikts im Donbass umzulenken.

Die Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste, deren Hauptursachen die geringe professionelle Ausbildung und moralisch-psychische Zustand der Soldaten sowie die Vernachlässigung ihrer dienstlichen Pflichten durch die Kommandeure der Einheiten sind.

Im Zeitraum vom 20. bis 26. November betrug die nicht kampfbedingten Verluste im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zehn Mann, davon zwei Tote:

Am 21. November, am Tag der Luftsturmtruppen der ukrainischen Streitkräfte, wurden zwei Kämpfer der 95. Luftsturmbrigade bei einem Streit mit örtlichen Einwohnern von Dsershinsk verletzt, ihr Gesundheitszustand wird als ernst eingeschätzt.

Am 22. November setzten Kämpfer der 128. Brigade im Gebiet von Topolinoje durch unvorsichtigen Umgang mit Feuer den Unterstand in Brand, dabei starb einer, zwei erlitten unterschiedlich schwere Brandverletzungen.

Am 23. November wurde ein Kämpfer der 93. Brigade, der Soldat Kobzew, infolge der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen beim Wurf einer RGD-5-Granate verletzt.

Am 24. November gab es in einem Unterstand auf den Positionen der 25. Luftlandebrigade im Gebiet von Awdejewka eine Detonation. Infolge des Vorfalls starb ein Kämpfer drei wurden verletzt. Die Verletzten wurden in ernstem Zustand notfallmäßig in das 66. mobile Militärhospital eingeliefert.

Außerdem bemerken wir neben nicht kampfbedingten Verlusten weiter **Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils durch Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte**.

So hat ein Kämpfer des 2. Bataillons der 95. Brigade am 19. November während des Dienstes den provisorischen Stationierungspunkt des Truppenteils mit der Waffen – einer AK-74-Maschinenpistole und 120 Patronen – verlassen. Nach Informationen unserer Quelle im Stab der Brigade ist kein Bericht des Brigadekommandeurs Wasser an den übergeordneten Stab erfolgt, die Suche nach dem Flüchtling erfolgt mit Kräften des Bataillons.

Wir erhalten weiter Informationen über die Beteiligung von Kämpfern der bewaffneten Formationen an Verbrechen in der OOS-Zone.

Allein im Oktober bis November 2021 wurden nach Angaben der Militärstaatsanwaltschaft im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ 29 **Straftaten unter Beteiligung von ukrainischen Kämpfern** begangen:

Verbrechen im Bereich des gesetzwidrigen Drogenhandels – 6 (95. Luftsturmbrigade - 3, 93. mechanisierte Brigade – 3);

Kriegsverbrechen, darunter eigenmächtiges Verlassen des Truppenteils – 5 (93. mechanisierte Brigade – 2, 95. Luftsturmbrigade -2, 128. Gebirgssturmbrigade – 1);

Verbrechen gegen Leben und Gesundheit – 9 (128. Gebirgssturmbrigade – 5, 25. Luftlandebrigade -3, 93. mechanisierte Brigade – 1);

Verbrechen gegen die Sicherheit im Straßenverkehr und bei der Nutzung von Fahrzeugen – 9 (95. Luftsturmbrigade – 4), 56. Panzergrenadierbrigade – 3, 93. mechanisierte Brigade – 2).

In der letzten Woche fanden auf den Übungsplätzen der Donezker Volksrepublik planmäßige Kontrollübungen zur militärischen Ausbildung in den Einheiten der Volksmiliz statt.

Bei den Übungen vervollkommnete das Personal von Panzergrenadiereinheiten und Schützenpanzermannschaften die Fertigkeiten und militärischen Kenntnisse. Mit den Soldaten wurden Normative zur Schießausbildung bearbeitet, mit den Mannschaften von Schützenpanzern taktische Schießübungen. Während der Übungen zeigten alle Einheiten ein ausgezeichnetes Niveau der Beherrschung der Dienstwaffen und bestätigten ein weiteres Mal

ihre Fähigkeit, jederzeit die ihnen gestellten Aufgaben zum Schutz ihrer Heimat zu erfüllen.

snanews.de: **Ungarns Außenministerium dankt Russland für Erdgas und lebensrettenden Impfstoff**

Der ungarische Außenminister, Peter Szijjarto, hat das Jahr 2021 als eines der erfolgreichsten bei der Zusammenarbeit Ungarns und Russlands bezeichnet. Die neuen Gas-Verträge zwischen den beiden Ländern sind demnach ebenso ein Grund für den Erfolg wie die Lieferungen des russischen Corona-Impfstoffs Sputnik V an die Ungarn.

Das laufende Jahr sei ein „ganz besonders erfolgreiches und gelungenes Jahr“ in den Beziehungen Ungarns und Russlands, sagte Außenminister Szijjarto in der Vollversammlung der interministeriellen Kommission für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. „Als Bestätigung dient die Tatsache, dass wir aus Russland sowohl ein Vakzin, das Leben rettet, als auch Brennstoff, das lebensrettende Erdgas, erhalten haben.“

Ungarn ist das erste Mitgliedsland der Europäischen Union, das den Impfstoff Sputnik V zum Schutz gegen das Coronavirus zugelassen hat. Offiziellen Angaben zufolge weist das russische Vakzin im Vergleich zu fünf weiteren in Ungarn eingesetzten Präparaten die größte Wirksamkeit gegen den tödlichen Verlauf einer Corona-Erkrankung auf, ermittelt anhand der Daten von 3,7 Millionen Geimpften.

Neben der Kooperation im medizinischen Bereich verbinden auch langjährige Handelsbeziehungen im Energiesektor die beiden Länder. Ende September schloss die ungarische Regierung neue Bezugsverträge mit dem russischen Energiekonzern Gazprom ab. Demnach hat sich das russische Unternehmen für die nächsten 15 Jahre verpflichtet, 4,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr an Ungarn zu liefern.

Die Lieferung soll auf zwei Wegen erfolgen: 3,5 Milliarden Kubikmeter Brennstoff gelangen über die Schwarzmeer-Pipeline Turkish Stream und weiter über Serbien nach Ungarn; eine Milliarde Kubikmeter Erdgas werden über Leitungen via Österreich transportiert. Somit profitieren neben Ungarn auch Serbien und Österreich vom russischen Pipeline-Gas – als Transitländer.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/1a/4474811_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_46cb87048d54dbb200a4a877e14d1e61.jpg

de.rt.com: **Migrationskrise in Weißrussland: Rund 5.000 Menschen in diesem Jahr abgeschoben**

Minsk hat in diesem Jahr nach eigenen Angaben über 11.000 illegale Migranten festgenommen. Fast halb so viele sollen abgeschoben worden sein. Das berichtete der Sekretär des weißrussischen Staatssicherheitsrates Alexander Wolfowitsch.

Der Sekretär des weißrussischen Staatssicherheitsrates Alexander Wolfowitsch hat mitgeteilt,

dass in Weißrussland in diesem Jahr über 11.500 illegale Migranten festgenommen und etwa 5.000 aus dem Land abgeschoben wurden. Die Nachrichtenagentur BelTA zitierte ihn wie folgt:

"In diesem Jahr wurden 11.500 illegale Einwanderer aufgegriffen. Rund 5.000 Personen wurden in ihr Heimatland zurückgeschickt und juristisch zur Rechenschaft gezogen. Wir gehen also dagegen vor."

Ihm zufolge trägt Minsk keine Schuld an der Migrationskrise an der weißrussisch-polnischen Grenze. Er erklärte:

"Was sich heute an der Grenze abspielt, ist nicht die Schuld von Minsk. Es ist notwendig, die Wurzel des Übels und die vom kollektiven Westen in den Ländern des Nahen Ostens und Asiens angezettelten Gründe zu identifizieren."

Der weißrussische Beamte betonte, dass Warschau eher seine Ohnmacht als seine Macht demonstriere:

"Sie zeigen nicht ihre Stärke, sondern aus meiner Sicht ihre Schwäche. Wie ist es möglich, Stärke zu demonstrieren, indem man Panzer, selbstfahrende Artilleriegeschütze und Kampfhubschrauber gegen unbewaffnete Menschen einsetzt, die an der Staatsgrenze gestrandet sind."

Wolfowitsch erwähnte auch die Evakuierung von Migranten durch Weißrussland und bestätigte, dass ein irakisches Flugzeug am Donnerstag nicht in Minsk eingetroffen sei. Rund 200 Flüchtlinge hätten auf diesen Flug gewartet. Er fügte hinzu:

"Leider werden von der EU heute keine Maßnahmen ergriffen. Nach unseren Informationen sollte heute ein Evakuierungsflug aus dem Irak für die Flüchtlinge, die zurückkehren wollen, stattfinden. Der Flug hat heute aus irgendeinem Grund nicht stattgefunden."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/619f9f0e48fbef55eb45edb1.JPG>

snanews.de: **Russische Raumfahrtmission: Knoten-Modul Prichal dockt am Mehrzweck-Modul Nauka an**

Ein neues russisches Knoten-Modul namens Prichal soll am Freitag, den 26. November, die Internationale Raumstation ISS erreichen. Das vier Tonnen schwere Modul wurde auf einem Raumtransporter Progress M-UM mit einer Sojus-Trägerrakete vom Weltraumbahnhof Baikonur gestartet.

Das Knoten-Modul soll am Mehrzweck-Modul Nauka andocken – dem Hauptlabor des russischen Orbitalsegments – das Ende Juli an der ISS eingetroffen ist. Das Prichal-Modul soll die Fähigkeiten des russischen Segments erweitern. Das Andocken ist für 15:26 MEZ geplant.

mil-lnr.su: Pressekonferenz offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 20. bis 26. November 2021

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Feuerprovokation** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen in der Nähe von Popasnaja aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Postupalskij **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit Antipanzergrenatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

In der letzten Woche wurden **vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung von Seiten des Gegners festgestellt, unter anderem unter Einsatz schwerer Waffen, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind.

Von Seiten des Gegners wurden **drei Ortschaften** der Republik beschossen: Kalinowo-Borschtschewatoje, Dolgoje und Molodjoshnoje.

Während des Beschusses auf Dolgoje wurde eine örtliche **Einwohnerin, geb. 1974, verletzt**. Außerdem wurde durch den Beschuss ein Wirtschaftsgebäude in der Uliza Mira 7/2 beschädigt.

Unsere Aufklärung hat 29 Stück Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert sind. ...

Es wurden 14 Fälle festgestellt, dass Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert wurden. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betragen vom 20. bis 26.11. vier Mann, darunter ein Toter. ...

deu.belta.by: **Lukaschenko an Westen: Wenn ihr nicht wollt, wird Belarus ohne euch das Flüchtlingsproblem lösen**

Die Europäische Union macht keine Anstalten, die Migrationskrise an der Grenze zwischen Belarus und EU zu lösen. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko heute vor Journalisten nach dem Besuch des Flüchtlingslagers im Logistikzentrum Brusgi an der belarussischen Grenze zu Polen.

In seinem ersten Telefongespräch mit der amtierenden Bundeskanzlerin Merkel habe er darum gebeten, die 2000 Flüchtlinge aufzunehmen, die an der Grenze zu Polen festsitzen würden, so der Präsident. „Ich habe aus meinem Gespräch mit Merkel verstanden, dass sie das sehr gut versteht und nicht dagegen ist. Natürlich ist ihre politische Karriere zu Ende, sie hat praktisch keine Befugnisse mehr. Zweitens geht es um die europäische Solidarität. Sie hat mich gebeten, einen Teil der Flüchtlinge, die wir haben, nach Hause zu schicken. Ich habe gesagt, dass wir daran arbeiten werden. Und ich habe ihr zweimal gesagt: Wir werden versuchen, dieses Problem bis zum Neujahr zu lösen. Wir werden sie nicht repatriieren. Wir werden sie bitten: Wer möchte, der kann in die Heimat zurück gehen.“

„Sie sehen doch: Ich gehe meinen Verpflichtungen nach. Über 1000 Flüchtlinge sind bereits zurückgegangen, noch 400 Menschen wollen in die Heimat. Sie befinden sich im Flughafen. Die EU hat versprochen, dass sie Geld gibt. Dann soll sie auch Flugzeuge chartern und die Menschen abtransportieren“, betonte der belarussische Staatschef.

Beim zweiten Gespräch hat Angela Merkel versprochen, das Flüchtlingsproblem auf der EU-Ebene zu lösen. Alexander Lukaschenko und Angela Merkel einigten sich darauf, die Ansprechpartner für diese Arbeit zu bestimmen.

„Sie sagte mir: Diese Personen werden sich schon auf der EU-Ebene mit diesem Problem befassen.“ Unser Außenminister hat sie am nächsten Tag angerufen, aber niemand hat sich gemeldet: „Dienstreisen, keine Zeit...“ Es entsteht der Eindruck, dass sich niemand darum kümmern will. Daraus können wir schließen: Wollt ihr euch mit dem Problem nicht befassen, sagt es uns, wir werden es ohne euch zu lösen versuchen!“ sagte der Staatsoberhaupt.

Generell stellte er fest, dass die EU noch weit von einer Lösung des Flüchtlingsproblems

entfernt ist.



https://deu.belta.by/uploads/lotus/news/2021/000019_A280D8876CC7E6294325879900434077_854293.jpg

snanews.de: **Angeblich Umsturz in Kirgistan geplant: Festnahmen kurz vor Parlamentswahl**

Kurz vor der Parlamentswahl im zentralasiatischen Hochgebirgsland Kirgistan sind 15 Menschen wegen angeblicher Umsturzpläne festgenommen worden. Laut dem Staatskomitee für nationale Sicherheit hatten sie Provokationen gleich nach den Wahlen geplant, um die Lage im Land zu destabilisieren und die Macht gewaltsam zu ergreifen.

Angeführt wurde die geplante Aktion laut der Pressestelle des Komitees von einigen Abgeordneten und ehemaligen hochrangigen Beamten. Sie hätten mit der Unterstützung der Kräfte gerechnet, die bei den Wahlen verlieren würden. Dafür hätten sie etwa 1000 aggressive Jugendliche rekrutiert.

In den Wohnsitzen und in Büros der Beteiligten wurden Durchsuchungen durchgeführt. Es wurden Dokumente gefunden, die die Vorbereitung eines Umsturzes bestätigen, sowie Schusswaffen, Munition und Drogen.

Parlamentswahlen fanden in Kirgistan im Oktober 2020 statt. Doch die Wahl wurde von Fälschungsvorwürfen überschattet. In der Ex-Sowjetrepublik kam es zu blutigen Massenausschreitungen. Präsident Sooronbaj Dscheenbekow war zum Rücktritt gezwungen. Die Geschäfte übernahm Sadyr Schaparow, der von Protestlern neben anderen Oppositionellen aus dem Gefängnis befreit wurde. Eine neue Parlamentswahl wurde auf den 28. November 2021 angesetzt.

Der 52-jährige Schaparow führte das Land an der Grenze zu China im April per Referendum von einer Parlaments- zurück in eine Präsidentialrepublik. Mit der neuen Verfassung ging auch ein Ausbau von Schaparows Vollmachten einher.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/1a/4476843_0:140:2731:1676_1920x0_80_0_0_ddbca8010b9950a32d3ea9ac1b78c1b7.jpg

abends:

rusvesna.su: **"Wir können nicht unsere gesamte Armee verlieren": Selenskij gab eine Erklärung zum Donbass ab**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte, es sei unmöglich, den Donbass mit Gewalt einzunehmen, da dies zum Tod des ukrainischen Militärs führen würde.

„Es besteht die Möglichkeit einer Eskalation ... Ich glaube, dass die politischen Kräfte, die sagen, dass wir gehen müssen, in den Krieg ziehen müssen, anscheinend nichts verstehen und nicht denken ... Genauer gesagt, sie denken nicht an unsere Armee“, sagte er während eines Presseauftritts.

„Wir werden jetzt nirgendwo hingehen. Ich glaube, dass der Mensch an erster Stelle steht. Wir können nicht unsere ganze Armee verlieren. Es ist derzeit unmöglich. Ich denke, dass es derzeit falsch wäre“, schloss der ukrainische Präsident.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/1_zelenskiy_2.jpeg

deu.belta.by: **Flüchtlinge an der Grenze danken Alexander Lukaschenko für den Besuch**
Präsident Alexander Lukaschenko hat heute das Flüchtlingslager im Transport- und Logistikzentrum in der Nähe des Grenzübergangs Brusgi besucht und mit den Menschen gesprochen, die seit Wochen an der belarussisch-polnischen Grenze festsitzen und auf eine Lösung warten. Die Rede des Staatschefs löste bei vielen Menschen positive Gefühle aus. Ein

BelTA-Korrespondent fragte die Migranten nach ihren Eindrücken von dem Treffen mit Alexander Lukaschenko.

„In Europa nennt man Alexander Lukaschenko einen Diktator, aber er ist hier und spricht mit uns, er hilft uns. Das demokratische Europa hat uns keine einzige Chance gegeben“, sagte eine Flüchtlingsfrau. Sie werde auf eine positive Lösung ihrer Frage warten, fügte sie hinzu. „Wir wollen nach Deutschland.“

Ein anderer Mann sagte: „Wir sind ihm dankbar, dass er uns jede Hilfe versprochen hat, sowohl bei der Rückkehr nach Hause als auch bei der Weiterreise nach Deutschland. Ich will nach Deutschland. Ich habe eine große Familie, die sich zum Teil in Deutschland niedergelassen hat. Ich will zu meiner Familie gehen.“

Die Flüchtlinge dankten dem Staatschef dafür, dass im Logistikzentrum nahe Brusgi für sie alle notwendigen Bedingungen geschaffen wurden. „Wir möchten dieses Lager verlassen und nach Europa weiter gehen. Wir suchen ein besseres Leben und folgen unserem Traum. Wir wollen in Deutschland eine Arbeit bekommen“, hieß es aus der Menschenmenge.

Auch junge Migranten dankten dem belarussischen Staatsoberhaupt für die Unterstützung. „Wir finden das alles sehr wichtig. Wenn alle Präsidenten in Europa so wären wie Sie, gäbe es keine Probleme“, sagte eine junge Frau.

Noch ein Flüchtling sagte, nach dem heutigen Treffen mit Lukaschenko habe er wieder Optimismus getankt. „Ich habe in meinem Land mein ganzes Hab und Gut verkauft, um nach Europa zu gelangen. Nach der heutigen Rede von Lukaschenko sehe ich wieder mit Optimismus in die Zukunft und glaube an eine positive Lösung der Krise. Ich hoffe, bald in Deutschland zu sein.“

Eine kurdische Flüchtlingsfrau sagte wiederum, sie sei glücklich, weil sie wieder nach Hause gehen könne Alexander Lukaschenko habe versprochen, allen zu helfen, die in ihre Heimatländer wollten. Das sei eine gute Nachricht, sagte sie.



https://deu.belta.by/uploads/lotus/news/2021/000022_D53523B52D13804C432587990054B469_964423.jpg